express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Solidarität muss man erfahren

Von Jörn Boewe*

In: ***express*** *10/2026*

Die AfD gewinnt weit über ihr rechtes Kernmilieu hinaus – besonders unter Arbeiter:innen. Wer darauf nur mit Aufklärung über ihr Programm und Bekenntnissen zur Demokratie antwortet, unterschätzt das Problem. Gewerkschaften müssen der AfD das Monopol auf Opposition streitig machen und wieder als eigenständige gesellschaftliche Gegenmacht erfahrbar werden.

Sachsen-Anhalt ist ein Alarmsignal für die Gewerkschaften. Nicht nur, weil die AfD dort stärkste Kraft geworden ist, sondern weil sie unter Arbeiter:innen noch einmal deutlich besser abschneidet. Als ostdeutscher Sonderfall lässt sich das längst nicht mehr abtun.

Die naheliegende gewerkschaftliche Antwort ist seit Jahren dieselbe: Die AfD vertritt ökonomisch nicht die Interessen der Lohnabhängigen. Ihre Steuerpolitik entlastet Wohlhabende, ihre Sozialpolitik schwächt soziale Sicherung. Gewerkschaften müssen darüber besser aufklären.

Das ist alles richtig. Aber es reicht nicht. Denn die Rede davon, Arbeiter:innen würden »gegen ihre eigenen Interessen« wählen, setzt voraus, dass aus einer sozialen Lage eindeutig folgt, worin das eigene Interesse besteht. Aber so funktioniert politisches Bewusstsein nicht. Aus der gemeinsamen Abhängigkeit von Lohnarbeit folgt noch nicht, welche Interessen Menschen politisch für vordringlich halten, wie sie diese deuten und gegen wen sie sie richten.

Ein Beschäftigter kann sich als Lohnabhängiger verstehen, der höhere Löhne und Mitbestimmung braucht. Er kann sich zugleich als Steuerzahler sehen, der meint, zu viel für andere aufzubringen; als deutscher Facharbeiter, der seinen Status gegen Migranten verteidigen will; als Autofahrer, der Klimapolitik als Zumutung erlebt; oder als »Leistungsträger«, der Sozialleistungen für andere für zu großzügig hält. Klassenlage produziert kein Klassenbewusstsein. Objektive Interessen sprechen nicht für sich selbst. Sie müssen erkannt, interpretiert und organisiert werden.

Genau hier setzt die AfD an. Sie spricht Teile der arbeitenden Klasse gezielt an, artikuliert deren Interessen aber nicht als gemeinsames Klasseninteresse. Sie übersetzt soziale Erfahrungen in Gruppeninteressen, die gegeneinander in Stellung gebracht werden: Beitragszahler gegen Transferempfänger, deutsche Beschäftigte gegen Migranten, Industriearbeiter gegen Klimapolitik und ihre vermeintlichen Gewinner.

Damit verschiebt sich der Konflikt. Nicht mehr die Frage, wer über Investitionen, Arbeitsbedingungen oder Gewinne entscheidet, steht im Zentrum, sondern wer zu welcher Gruppe gehört, wer »leistet«, wer angeblich profitiert und wer auf Kosten anderer lebt.

Die zugrunde liegenden Erfahrungen sind real: Arbeitsplatzunsicherheit, Verlust industrieller Beschäftigung, hohe Wohn- und Energiekosten, Abstiegsängste und marode Infrastruktur, Konkurrenz um knappe Ressourcen: bezahlbaren Wohnraum, Kita-Plätze, medizinische Versorgung oder funktionierenden Nahverkehr. Für viele hängen diese Probleme zusammen – und tatsächlich haben Energiepreise, industrielle Krise, öffentliche Investitionen, Sozialpolitik und geopolitische Entscheidungen miteinander zu tun. Gewerkschaften und Linke tun sich jedoch oft schwer, daraus eine zusammenhängende politische Erklärung zu entwickeln.

Ganz anders die AfD: Sie bietet dafür eine Erzählung an – verdreht, verkehrt, reaktionär, aber politisch zusammenhängend. Sie sagt: Diese Probleme haben einen gemeinsamen Ursprung, und wir können benennen, wer dafür verantwortlich ist.

Die Einheit, die daraus entsteht, ist keine Klasseneinheit. Sie wird über Nation, Leistung, Ordnung, Zugehörigkeit und Feindbilder hergestellt. Die AfD integriert Krisenerfahrungen, indem sie Klassensolidarität desintegriert. Sie verbindet unterschiedliche Krisenerfahrungen politisch, indem sie die Interessen der Betroffenen gegeneinander segmentiert. So können abhängig Beschäftigte, Selbständige und Teile des Bürgertums in einem politischen Lager zusammenfinden, während die Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital aus dem Blick geraten.

Für Gewerkschaften folgt daraus eine unbequeme Einsicht: Es reicht nicht, Beschäftigten ihre »richtigen« Interessen zu erklären. Wenn Menschen mehrere, teilweise widersprüchliche Interessen haben, ist die politische Aufgabe nicht pädagogisch, sondern organisierend. Sie besteht darin, unterschiedliche Interessen so miteinander zu verbinden, dass gemeinsame Handlungsfähigkeit entstehen kann.

Das ist der Kern von Klassenpolitik. Die gemeinsame Abhängigkeit von Lohnarbeit begründet eine gemeinsame Klassenlage und einen realen Interessengegensatz zum Kapital. Aber diese Gemeinsamkeit wird nicht automatisch zum politischen Handeln. Klassenpolitik muss sie sichtbar machen, unterschiedliche Teilinteressen vermitteln und in gemeinsame Forderungen und organisierte Macht übersetzen.

Eine Pflegekraft, ein Automobilarbeiter und eine migrantische Paketfahrerin haben nicht dieselben unmittelbaren Interessen. Aber sie können Gemeinsamkeiten herstellen: bei Tarifbindung, sozialer Absicherung, Arbeitszeit oder der Frage, wer die Kosten wirtschaftlicher Transformation trägt.

Demokratische Klassenpolitik beginnt deshalb nicht mit einem Bekenntnis, sondern mit einer Praxis. Wo die Rechte horizontale Konkurrenz organisiert, müssen Gewerkschaften Verbindungen herstellen. Wo Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, müssen sie sichtbar machen, welche Konflikte vertikal verlaufen: zwischen Beschäftigten und Unternehmensleitungen, zwischen denen, die über Investitionen verfügen, und denen, die ihre Folgen tragen.

Hier wird auch Demokratie konkret. Gewerkschaften können gegen die AfD zu Recht auf Menschenwürde, Gleichheit und demokratische Rechte verweisen. Aber solche Werte gewinnen eine andere Kraft, wenn Demokratie nicht nur als Verfassungsordnung, sondern als Erfahrung eigener Wirksamkeit erscheint.

Wer gemeinsam eine Schichtregelung verhindert, eine Personalbemessung durchsetzt oder einen Tarifvertrag erkämpft, erlebt Demokratie auf elementare Weise: als Möglichkeit, mit anderen auf die Bedingungen des eigenen Lebens Einfluss zu nehmen. Solidarität ist deshalb nicht zuerst eine moralische Haltung. Sie kann eine praktische Erfahrung sein.

Ein migrantischer Kollege ist dann nicht primär Gegenstand einer Debatte über Migration, sondern derjenige, ohne den die Mehrheit für eine Forderung nicht zustande kommt. Eine Leiharbeiterin ist keine Konkurrentin, wenn Stamm- und Leihbelegschaft gemeinsam ihre Übernahme durchsetzen. Unterschiede verschwinden nicht. Aber ihre politische Bedeutung verändert sich.

Genau darin liegt das klassenpolitische Potenzial von Organizing. Organizing setzt Klasseneinheit nicht voraus. Es kann dazu beitragen, sie herzustellen. Nicht durch Appelle, sondern dadurch, dass Menschen miteinander sprechen, Forderungen entwickeln, Konflikte austragen und gemeinsam handeln.

Auch politische Bildung müsste dann anders gedacht werden. Gewerkschaften brauchen klare Grenzen gegenüber Rassismus und menschenfeindlichen Positionen. Aber Bildungsarbeit, die sich darauf beschränkt, die »richtigen« demokratischen Haltungen zu vermitteln, gewinnt den Kampf um Interessen nicht. Wer rechte Deutungen zurückdrängen will, braucht Räume, in denen unterschiedliche Erfahrungen ausgesprochen und in gemeinsame Interessen übersetzt werden können.

Die Aufgabe lautet deshalb nicht, eine vermeintlich verlorene Arbeiterklasse »zurückzuholen«. Das romantisiert eine frühere Einheit, die es so nie gegeben hat. Klassenpolitik ist kein Rückweg in ein vergangenes Milieu. Sie ist ein Prozess der Herstellung.

Gewerkschaften besitzen dafür eine besondere Ressource: Sie können Menschen nicht nur ansprechen, sondern organisieren. Sie können aus vereinzelter Unzufriedenheit gemeinsame Forderungen entwickeln und aus gemeinsamen Forderungen Gegenmacht.

Dass die AfD selbst keine Politik im Interesse der Lohnabhängigen anbietet, ändert nichts daran, dass eine Stimme für sie gegenwärtig vielen als wirksamstes Mittel erscheint, die Protagonisten eines politischen Kurses abzustrafen, den sie als gegen ihre Interessen gerichtet und verhängnisvoll wahrnehmen. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht nur, warum Beschäftigte AfD wählen. Sie lautet auch: Warum sollten sie glauben, dass sie mit ihrer Gewerkschaft mehr verändern können als mit ihrer Stimme für die AfD? Darauf gibt es keine rein kommunikative Antwort. Sie muss praktisch gegeben werden – machtpolitisch.

Gewerkschaften müssen nicht nur die bessere Erklärung der Krise liefern. Sie müssen die wirksamere Form gemeinsamer Interessenvertretung organisieren. Solidarität muss man erfahren.

** Jörn Boewe ist freier Journalist und Autor. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich publizistisch mit Gewerkschaften und Arbeitskämpfen; zugleich ist er in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und im Organizing aktiv.*

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12